



Hannover, 20.11.2023

Keine Kompromisse in der Gleichstellungsarbeit!

Die lakog niedersachsen kritisiert die geplante Auflösung der eigenständigen Abteilung „Frauen und Gleichstellung“ des Sozialministeriums und fordert stattdessen die Stärkung der Abteilung zur Einhaltung der im Koalitionsvertrag verankerten Ziele und der Sichtbarkeit der Gleichstellungsarbeit auf Landesebene.

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung plant die Zusammenlegung der Abteilung 2 „Frauen und Gleichstellung“ mit der Abteilung 3 „Jugend und Familie“. Laut Ministerium stellt dies eine arbeitsorganisatorische Maßnahme dar, da beide Organisationseinheiten mit ihren jeweils vier Referaten im Vergleich recht klein und von Personal-mangel betroffen sind. So kommt es bei Personalausfällen zu Verzögerungen in der Bearbeitung von dringenden Themen¹.

Es ergibt sich die Frage, warum die Abteilungen als Konsequenz nicht jeweils vergrößert und gestärkt werden.

Gleichstellung ist ein Grundrecht und seit 1994 Verfassungsauftrag: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“²

Die Zusammenlegung der Abteilung „Frauen und Gleichstellung“ mit der Abteilung „Jugend und Familie“ aus mangelnden personellen Ressourcen ist ein fauler Kompromiss. Laut Koalitionsvertrag (2022-2027) zwischen den Landesverbänden der SPD und Bündnis 90/Die Grünen soll Gleichstellung auf mehreren Ebenen gestärkt werden. Das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz (NGG) soll überarbeitet werden, es sollen mehr Wege für Frauen in Politik und Wirtschaft und insbesondere in Führungspositionen geebnet werden. Zudem sollen Frauennetzwerke gestärkt werden, um strukturelle Benachteiligung abzubauen. Gewalt an Frauen soll durch Umsetzung des Landesaktionsplans weiter be-

¹ Taz (15.11.2023): „Gleichstellung wird klein gemacht“, URL: <https://taz.de/Sozialministerium-in-Niedersachsen/15969740/> [16.11.2023].

² Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 GG

kämpft werden und es soll eine verlässliche Finanzierungsgrundlage für Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser geschaffen werden. Um queeres Leben in Niedersachsen sichtbar zu machen und Vorurteile abzubauen, soll ein Landesaktionsplan aufgelegt werden.

Die Verankerung der vielen Gleichstellungsthemen im Koalitionsvertrag verdeutlicht, dass dringender Handlungsbedarf besteht und weitere Ressourcen benötigt werden.

Personelle und finanzielle Ressourcen entscheiden über den Handlungsspielraum und der Wirkung des verantwortlichen Referates. Die Zusammenlegung mit einer anderen von Personalmangel betroffenen Abteilung im Sozialministerium löst den Personalmangel nicht. Zudem würde die Maßnahme dazu führen, dass die Sichtbarkeit der Gleichstellungsarbeit massiv eingeschränkt wird.

Die lakog niedersachsen kritisiert daher die geplante Zusammenlegung der Abteilung „Frauen und Gleichstellung“ mit der Abteilung „Jugend und Familie“ und fordert den Erhalt der eigenständigen Abteilung „Frauen und Gleichstellung“ und deren Stärkung durch personelle und finanzielle Ressourcen zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten Ziele.

Die lakog niedersachsen engagiert sich seit 1992 für die Gleichberechtigung der Geschlechter in Forschung, Lehre, Studium und Hochschule als Organisation. In diesem Sinne gestaltet sie aktuelle hochschulpolitische Diskussionen und Programme mit und führt eigene Projekte durch. Die Landeskonferenz hat das Ziel, Gleichstellungspolitik als Kriterium der Qualitätssicherung in Hochschulplanung und Hochschulentwicklung zu etablieren.

Vorstand lakog niedersachsen: Brigitte Just, Dr.ⁱⁿ Silvia Lange

Homepage der lakog niedersachsen: www.lakog-niedersachsen.de

Kontakt über die Geschäftsstelle lakog niedersachsen: Ulrike Tiefinger,

E-Mail-Adresse und Telefon: Aufgrund des Cyberangriffes zur Zeit nicht aktiv

Postadresse: Geschäftsstelle lakog niedersachsen, c/o Hochschule Hannover, Bismarckstr. 2, 30173 Hannover